Ausgabe 16 Anarchistische Straßenzeitung Oktober 2015



Fernweh ist für uns das unbeschreibliche Verlangen nach etwas, das wir im hier und jetzt nicht finden können, die unbändige Sehnsucht nach dem Unbekannten....

Der Mut und die Justiz

Mut zu haben bedeutet eine Entscheidung zu treffen, die mir zur Folge richtig und notwendig ist, und sie zu Ende zu bringen, mit allem, was notwendig ist um sie zu realisieren. Und wieso ist eine Entscheidung zu treffen und sie zu Ende bringen – mit allem was sie verlangt – eine Frage des Mutes? Wird uns Mut nicht meistens als eine Qualität von abenteuerlustigen Helden des Fernsehens verkauft? Aber es sind Helden und Abenteuer, die keinen Halt in der Realität haben.

Und was, wenn wir über Mut reden würden und uns auf die Realität beziehen, wo jede unserer Aktionen unter der wachsamen Lupe der Justiz, also der des Staates passiert, die selbe Justiz die uns sagt, was richtig und was falsch zu tun ist, die selbe Justiz, die diejenigen verurteilt, die die vorgebauten Pfade verlassen, die für uns gelegt wurden. Nun, in diesem Fall finden wir uns mit uns selbst konfrontiert, mit den Entscheidungen, die unsere Ideen mit sich bringen und dem Mut, den diese benötigen um nicht leerer Dissens zu bleiben, sondern um als Handlungen Form anzunehmen.

Die Gerechtigkeit sollte ein persönliches Konzept sein, das uns in Richtung unserer Entscheidungen führt. Jeder von uns hat seine Ansicht darüber, was wir für richtig oder falsch halten. Die Justiz – als Gesamtheit von Strukturen, Menschen und Gesetzen – stattdessen, erkennt das individuelle Ermessen nicht an, welches das Ende dieser Welt bedeuten würde. Sie hat das Ziel den jetzigen Stand der Dinge zu verteidigen und zu erhalten: All das gerät in Konflikt mit meiner Konzeption der Gerechtigkeit, mit meiner Verweigerung meine Unterwerfung unter Staat und Justiz zu akzeptieren.

Ich weiß, dass das juristische System existiert, weil wir alle es akzeptieren und uns nicht widersetzen, und es somit zulassen. Die Unvereinbarkeit der Justiz mit meinen Ideen, bringt mich dazu zu entscheiden zum Angriff überzugehen. Die Unentschiedenen könnten das falsche Problem aufkommen lassen, wie es möglich ist eine Sache anzugreifen, die fest in den Köpfen der Menschen wurzelt und in ihrer Erscheinung nicht zu greifen ist. Es ist offensichtlich, die Resignation, die die „inkonsistenten Massen" plagt, ist nicht anzugreifen – im materiellen zerstörerischen Sinne. Das aber, was getan werden kann, ist die Strukturen und die Menschen, die die Justiz und den von ihr stammenden repressiven Apparat materiell realisieren, anzugreifen.

Was die Mittel betrifft, die es anzuwenden gilt, in einem Kampf gegen die Justiz, denke ich, dass es keinen anderen Weg gibt, als ihn mit illegalen Mitteln zu kämpfen, Mittel, die nicht ihr gehören, die mit ihr nichts gemein haben. Weil, wenn die legalen Mittel, diejenigen sind, die sie erlaubt, sind es die illegalen, die mit ihr kollidieren.



Unsere Aktionen sind mit der Bedeutung und Richtung aufgeladen in die sie zeigen, und so auch unsere Mittel, die wir entscheiden anzuwenden. Die Legalität zu wählen, bedeutet den Staat nach einer Abstimmung über seine eigene Abschaffung zu fragen. Selbst wenn das möglich wäre, würden wir uns vor einem unüberwindbaren Widerspruch befinden: wir würden ihn legitimieren, seine Autorität anzuwenden. Die Verweigerung des Staates und des Gesetzes realisiert sich selbst in unserem alltäglichen, konstanten und reproduzierbaren Aktionen, Aktionen, die sich selbst in einem direkten Weg ausdrücken können und nicht durch die Personifikationen des Gesetzes (Politiker, legale Vereinigungen etc.) oder von ein paar simplen Idioten, die an ihn glauben, rekuperierbar sind.

Um konkret zu werden: Hier in München gibt es das geplante Projekt der Konstruktion des Justizzentrums. Somit, ist es etwas greifbares und angreifbares. Der Bau des Justizzentrums und alles, was ihn umgibt (Baufirmen, Architekten, verantwortliche Politiker, etc.) ist ein guter Anfangspunkt, ein konkreter Versuch um Mut zu ergreifen und sich zu entscheiden zum Angriff überzugehen.

- Ein nach Mut ewig Hungriger

■

Die "Flüchtlingskrise"

Nachdem das Thema „Grexit" nun erst mal vom Tisch und die Situation in Griechenland für die nach Einschaltquoten und Verkaufszahlen kreischenden Mediengeier somit uninteressant geworden ist wurde ein neues Thema auf den Plan gerufen, das täglich für Schlagzeilen sorgt. So werden wir seit geraumer Zeit von immer neuen Rekord-Ankunfts-Zahlen, Berichten über das x-te „Unglück" mit dutzenden oder hunderten von Toten und rührigen Bildern vom "hellen Deutschland" der Hilfsbereitschaft gegenüber denen vom „dunklen Deutschland" der brennenden Asylunterkünfte bombardiert.

Für ein paar Wochen können jetzt die Medien den Hals gar nicht voll bekommen vom „Flüchtlingsproblem", solange, bis die Politik auch dafür eine „Lösung" gefunden hat, die zwar in keinster Weise die Probleme der Betroffenen löst oder deren Leid mindert, dafür aber die Schar aufgeregter Bürger soweit zufrieden stellt, dass sie das Interesse dafür, was mit flüchtenden Menschen in und um Deutschland bzw. Europa passiert, wieder verlieren. Dann geht alles wieder seinen gewohnten Gang: die, die sterben, tun es von weniger Kameras begleitet, Asylverfahren oder Sofort-Abschiebungen in „sichere Herkunftsländer" – also Staaten, bei denen davon ausgegangen wird, dass von dort Flüchtende nicht von Krieg oder politischer Verfolgung bedroht sind, sondern „nur" ein Leben am Existenzminimum fristen und deshalb in Zukunft direkt dorthin zurück geschoben werden sollen – zerstören weiter die Hoffnungen Tausender, aber wie bis vor Kurzem wieder ohne allzu große Beachtung zu finden.

Bis es aber soweit ist, vergeht kaum ein Abend, an dem nicht in mindestens drei Polit-Talkshows und Sondersendungen zum Thema Flüchtlinge eine Hand voll Politikern und selbsternannter Expert_innen in Anzug oder Kostümchen in gewählten Worten ihre jeweiligen Standpunkte gegenüberstellen, das ganze Spektakel meist garniert von einem_r nicht weniger adrett gekleideten Repräsentant_in dessen, was in ihrem Jargon „gut integrierte Immigranten" genannt wird, also einer – vorzugsweise jungen – Person, die bereit ist, in perfektem Deutsch ihre dramatische Geschichte und perspektivlose Situation hier zu schildern, in der sie ohne gesicherten Aufenthaltsstatus nicht arbeiten und so zum schönen deutschen bzw. europäischen Gemeinschaft in dem Maße beitragen darf, in dem sie gerne würde. Und damit – gewollt oder ungewollt – an der Konstruktion des erwünschten Bildes von arbeits- und integrationswilligen Immigranten mitwirkt, die bereit dazu sind, entweder die Drecksarbeiten zu übernehmen, für die sich deutsche Abiturient_innen zu schade sind oder als hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte Führungspositionen in Wirtschaft und Forschung zu übernehmen. Dieses Bild wird auch von den Befürwortern einer gelockerten Asylpolitik und einer „Willkommenskultur" kreiert, und dem Schreckensbild des arbeitsfaulen, kriminellen Ausländers, der sich auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein schönes Leben macht, gegenübergestellt. Die jeweiligen Chefideologen gelangen dabei lediglich zu unterschiedlichen Einschätzungen über den Nutzen des menschlichen Materials, das da zu Tausenden über die Grenzen kommt für den (Wirtschafts-)Standort Deutschland bzw. Europa. Sie verbindet aber die Fokussierung auf ebendiesen Nutzen und ein offener oder mal besser mal schlechter versteckter Nationalismus. Die einen schmücken sich nebenbei noch mit einer gehörigen Portion demokratischen Humanismus, und begründen ihr nationales Selbstbewusstsein auf der „Weltoffenheit" ihrer sogenannten Wertegemeinschaft, die anderen wollen bereits an den

[Fortsetzung auf der nächsten Seite] ->

Unruheherd

Hier werden Nachrichten aufgeführt, die von Aktionen berichten, die sich über Gesetze hinwegsetzen, randalieren, vandalieren, direkt Unterdrückung angreifen, sich rächen oder schlicht Unruhe stiften und zeigen, dass München keineswegs ein vollständig befriedetes und kontrolliertes Pflaster ist. Dies ist nur eine sehr unvollständige Auswahl von Nachrichten, welche durch den Mediensumpf zu uns durchgedrungen sind und durch diesen auch sicherlich verfälscht wurden. Diese Auswahl kann und soll weder vollständig noch korrekt sein, denn das wirklich interessante sind die hinter den Aktionen stehenden Konflikte...

Schule ist scheiße!

17.7.: Unbekannte hinterlassen in einem Gymnasium in Icking Parolen gegen den Kapitalismus und Autoritäten. Auch der S-Bahnhof wird mit Edding umgestaltet. Fast einen Monat später behaupten die Bullen die „Täter" durch die Kameraüberwachung am Bahnhof identifizieren zu können.

An Bahnhöfen, im gesamten MVG Bereich und inzwischen auch schon weit verbreitet über die Stadt befinden sich etliche Kameras, die uns zu jeder Zeit filmen. Es gibt Möglichkeiten sich zumindest teilweise ihrem Blick zu entziehen, schon ein Schal bzw. Halstuch reicht aus um das Gesicht zu verdecken, auch ein T-Shirt kann umfunktioniert werden. Kopfbedeckungen und unauffällige Kleidung erschweren die Identifizierung durch Bildmaterial. Die, die uns überwachen und analysieren, streben nach einer alles erfassenden Kontrolle über unser Leben - technologische Mittel dienen ihnen dabei als Werkzeuge der Unterdrückung. Somit ist die nach wie vor effektivste und damit sicherste Möglichkeit, den Augen des Staates ein schnelles Ende zu bereiten. Sprühen, Hämmern, Kabel kappen oder auch ganz einfach einen Sticker auf die Linse. Let ´s Go!

Drei auf einen Schlag!

15.08.: Drei Bullenautos werden im Umfeld eines Straßenfestes (Hans-Sachs Straße) mit Wellenlinien (Terrorlines) und ACAB Sprühereien versehen. Keine Freunde, keine Helfer, sabotier die Schweinekutschen und hilf dir selber!

Burn, baby, burn!

17.08.: Ein Auto des städtischen Hochbauamtes brennt in Untergiesing! Auch wenn die Brandursache angeblich noch nicht geklärt werden konnte, ist es im Rahmen der völligen Umgestaltung und Aufwertung Giesings, der viele Leute aufgrund der steigenden Mieten weichen müssen, wohl kein Wunder wenn ein Auto der Verantwortlichen in Flammen steht. Jedes Bauprojekt, egal ob das scheußliche Park-Viertel-Giesing oder das grässliche neue Justizzentrum, wird vom Hochbauamt genehmigt und mit geplant - und jede dieser Schandtaten muss beantwortet werden!

Schule bleibt scheiße!

20.08.: In Taufkirchen wird in eine Schule eingebrochen und mit Werkzeugen auf verschiedene Gegenstände, Glasscheiben und Türen eingeschlagen, außerdem werden 200 Euro geklaut. 200.000 Euro Sachschaden zeugen von gezielter Zerstörungswut, Eigeninitiative gegen einen Ort der Gleichschaltung und Disziplinierung, und einer vermutlich unvergesslichen Nacht mit gelungener Flucht.

„Stop deportation! Refugees welcome!"

27.08.: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Boschetsrieder Strasse wird eingefärbt und mit den Parolen „Stop deportation! Refugees welcome!" verschönert.

Strike Back

13.09.: In der Ludwigvorstadt wird ein Kippenautomat aufgebrochen. Als die Bullen auftauchen und Leute festnehmen, solidarisieren sich ca. 70 Leute und versuchen den Streifenwagen an der Wegfahrt zu hindern. Im Zuge dessen wird (angeblich) ein Bulle verletzt was leider nichts daran ändert das die Festnahme gelingt und die Bullen sich verpissen.

Daraufhin stürmen am 28.September um die 30 USK Bullen den Wagenplatz „Stadtpark Olga" die behaupten, dass sie eine Zeugenvernehmung im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Gerangel durchführen wollen.

[Fortsetzung auf der nächsten Seite] ->

Die Privatisierung der Sicherheit

Ein neuer attraktiver Berufszweig scheint sich etablieren zu wollen: Der des „Securites“. Die neue Vorhut im Kampf um mehr „Sicherheit“ auf den Straßen bietet Platz für jeden Otto, der sich schon immer nach ein bisschen Autorität und Uniform, nach Herum-glotzen und Verpetzen, nach Befehlsketten und Soldatentum gesehnt hat.

„Mehr Sicherheit!“

Von was spricht der Bürger, wenn er nach mehr Sicherheit verlangt? Von Verhältnissen, die weniger gewaltvoll sind?

Im Gegenteil: Er verlangt nach mehr bewaffneten Schlägertruppen, nach mehr Uniformen und Kameras, nach härteren Strafen und zusätzlichen Paragraphen, nach mehr Gewaltbereiten, die Tag und Nacht ausziehen um seine Freiheit zu schützen, so viele Waren anzuhäufen, wie es ihm möglich ist und so viel Eigentum zu besitzen, wie er nur kann. Er verlangt nach der gewaltvollen Gewährleistung seiner an seine soziale und ökonomische Stellung gebundenen Macht und seiner Privilegien und somit auch nach der Sicherheit vor Enteignungen, Sabotagen und Radau.

Die neuen Sklaventreiber

Einst entsprang sein angehäufter Reichtum einigen wenigen großen Produktionsstätten und Fabriken, die leicht von den mit dem Gewaltmonopol ausgestatteten Polizisten beschützt werden konnten – umso fataler, wenn sie dennoch nicht von Tumult und Gesetzesbruch verschont wurden. Heutzutage hat der kleinbürgerliche Unternehmer eine weitaus größere Fülle an Möglichkeiten seine leistungsorientierte Arbeitswilligkeit zu Geld zu verwandeln und mit geschickten Anlagen, einer Prise „Individualität“ und „Kreativität“ – die in Wahrheit Gespür für Massentauglichkeit und hippe Trends sind – sein eigenes Glück zu schustern. Fortan muss er kein in den Allerwertesten des Bosses kriechender Sklave mehr sein, sondern kann seine tagtägliche Aufopferung für die Arbeit nun auf freiwilliger und selbstverwalteter Eigenversklavung oder vielleicht sogar der Ausbeutung Anderer basieren. Umso mehr Bürger nun aber ihre eigene kapitalistische Geldquelle ihr eigen nennen dürfen, desto mehr sich die Büros und Firmensitze von Klein- und Großunternehmen auf den Straßen der Stadt verteilen, desto mehr Einfamilienhäuser und Villen der Hort von kleinen und großen Vermögen werden und desto größer die Schere zwischen Arm und Reich wird, desto mehr steigt das Sicherheitsbedürfnis eben jener geldigen Bürger. Nicht zu vergessen der sich stetig räumlich ausbreitende Verwaltungs- und Finanzsektor, all die aufblühenden Versicherungskomplexe und sich vermehrenden Departments staatlicher Institutionen und nicht zuletzt die etlichen Flüchtlingslager in denen Tausende Menschen gesperrt werden, deren (zumeist unfreiwilligen) Bewohner wohl noch nie so viel angehäuften Reichtum um sich herum erblickten – all das bezieht seine Existenzberechtigung aus dem Verwalten und Optimieren der organisierten kapitalistischen Konkurrenz und alle sind entweder von Enteignungen und Vandalismus gefährdet, oder womöglich explodierende Pulver-Fässer der sozialen Ungerechtigkeit.

Die neuen Sicherheit

Ab einem gewissen Punkt kann das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr die Überwachung und Sicherung all dieser überall im urbanen Raum verteilten neuralgischen Punkte garantieren und irgendwann wird der Schrei nach Sicherheit so groß, dass sich der Staat Unterstützung dazu holt. So gründen sich Privatunternehmen, die eigentlich polizeiliche und staatliche Drecksarbeit übernehmen, auch wenn sie nicht über so viele Befugnisse verfügen. Es kommt nicht selten vor, dass dies unter dem Mantel des *Facility Service* vor sich geht und die Firmen auch allerlei andere Dienstleistungen übernehmen – aber eben auch jegliche Sicherheitsdienste. Meist geht es dabei nur um die Kunst der Anwesenheit von Gewaltbereiten und die Überwachung von Objekten – präventive Vorbeugung von Verbrechen also. Hinzu kommen eine Menge Unternehmen, die Sicherheitstechnologie nicht nur für den staatlichen Gebrauch und Kriegseinsätze entwickeln, sonder die kleine Überwachungskamera, die filmende Drohne oder die Mini-Wanze auch für den Nachbar von nebenan erschwinglich machen. Diese Entwicklung ist nicht etwa eine Verlagerung des Gewaltmonopols hinweg aus den Händen des Staates, sondern viel eher eine von ihm finanziell, ideologisch und strategisch geförderte Dezentralisierung.

Die neuen Feinde

Doch welche Rolle nehmen die Securities an sich in dieser Entwicklung an?

Oft aus ärmlichen sozialen Schichten stammend, die vom unternehmerischen Glück des Security-Auftraggebers zumeist ausgeschlossen sind und die harte Realität der Konkurrenz um jeden Arbeitsplatz und den skeptischen Blick des patrouillierenden Bullens kennen, öffnet sich für den Security eine neue Aufgabe und Sicht auf die Dinge. Ihm wird nicht mehr der Zutritt zu den Stätten und Produktionen des Wohlstands verwehrt, nein, er fühlt sich als Beteiligter oder gar als Verantwortlicher für die Sicherheit des ihm fremden Kapitals. *Für* dieses opfert er sich auf und nicht für den Kampf *gegen* den Chef und die Entwürdigung der Arbeitswelt. Mit einem Mal hat er eine integrale Aufgabe in einer Welt, auf deren Pforten soeben noch „Zutritt Verboten“ stand. Er hat seine Identität als Ausgebeuteter verloren und kommt in den Genuss von ein klein bisschen Autorität, die er durch das stolze Tragen seiner Uniform und die verächtlichen Blicke auf die in der Arbeitswelt weniger Erfolgreichen und die im Ernstfall blitzschnell ausgeführten Befehle auszukosten weiß. Der Beruf bedarf keiner umständlichen Qualifikation, sondern vor allem Ausführungsgeschwindigkeit. Die Sinne sind für mögliche Gefahren geschärft und wie im Nu ist die 110 gewählt. Das Auge muss schneller sein als der Kopf, die Entscheidung klar und schnell: Wenige Möglichkeiten, wenig Raum zum Überlegen, höchste Disziplin.

Selbstbestimmung, adé!
Automatisierter Roboter, juhu!
Securities sind die Wachhunde des Kapitals und die Helfershelfer der Justiz... behandelt sie dementsprechend!

* * *

Einige verantwortliche Firmen:

Sicherheitsdienstleister: *Securitas, Ehrl Security, WWD, Gegenbauer, Kötter (u.a. diverse (Sicherheits-)Dienstleistungen in Knästen), WISAG (u.a. militärischer Objektschutz), Dussmann (u.a. Catering für Scheiß-Fraß an Flüchtlingslager), VDH (u.a. Sicherheits-Dientsleistunegn in Flüchtlingslagern und für strafrechtliche Observationen)*

Überwachungs- und Sicherheitstechnlogie: *Telekom, Bosch, Siemens.*

■

Die “Flüchtlingskrise” - Fortsetzung:

EU-Außen- bzw. Binnengrenzen in „echte“ und „falsche“ Flüchtlinge unterteilen und fordern ein härteres Vorgehen gegen „Asylmissbrauch“ sowie das weitgehende Ersetzen des erbärmlichen „Taschengeldes“ durch „Sachleistungen“. Wieder andere, die Hassparolen skandieren und Feuer legen, werden dafür wegen der angewandten Brutalität, und ihrer undemokratischen Vorgehensweise kritisiert, die dem Ansehen Deutschlands in der Welt ernsthaft schaden könnte, nicht jedoch für den ihrem Handeln zu Grunde liegenden Nationalismus. Dieser wird allenfalls für das Ausmaß verurteilt, das er in Gewaltexzessen annimmt, die nicht durch eine höhere Instanz legitimiert sind, anders, als in von Staaten geführten Kriege oder durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, vor denen Millionen die Flucht ergreifen und für die in einer globalisierten Welt die deutsche Wirtschaft und Politik maßgeblich mitverantwortlich sind.

Für eben diese Wirtschaft und Politik sind die Geflüchteten aus der liberal-demokratischen Sichtweise der bürgerlichen Mehrheit auch dann noch nützlich, wenn sie eines Tages in ihre Herkunftsländer zurückkehren, in dem sie mit ihren hier erworbenen Qualifikationen, ihren hier geknüpften wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Beziehungen und ihren hier geprägten Wertvorstellungen den Einfluss Deutschlands und Europas in diesen Ländern stärken.

Nützlich ist, auf einer ideologischen Ebene, auch die aktuelle Inszenierung von – oft institutionalisierter – Hilfsbereitschaft als ein weiterer der einheitsstiftenden Momente für das nationale Gefüge, die gerade bei jeder Gelegenheit gesucht werden um über die klaffenden Gegensätze innerhalb der Gesellschaft hinweg zu trügen und die demokratische Mentalität wieder zu stärken.

„Wir“ als Fußballweltmeister.
„Wir“ gegen den Terrorismus.
„Wir“ als starke Nation in der Griechenland-Krise
„Wir“ gegen das Schlepperwesen.
„Wir“ sind auch dem Flüchtlingsproblem gewachsen.

Angela Merkel, die mit ihrem „Wir-schaffen-das-wir-sind-ein-starkes-Land“- Geschwafel absurder Weise zu so was wie einer Heiligen für viele Flüchtlinge geworden zu sein scheint, hat ganz sicher nicht plötzlich ihr großes Herz entdeckt sondern wittert neue Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung und dafür, das Gefühl nationalen Zusammenhalts zu stärken. Gleichzeitig werden wieder Grenzkontrollen durchgeführt, sollen „Transitzonen“ eingerichtet werden und wird versucht, mit allerlei diplomatischen Spitzfindigkeiten die Regierungen der Bundesländer und anderer (EU-) Staaten auf Kurs zu bringen um eine „gerechtere Verteilung“ – sowohl innerhalb Deutschlands bzw. der EU als auch an den EU-Außengrenzen wie z.B. durch das jetzt geplante Abkommen mit der Türkei – zu erreichen und so keinen Stabilitätsverlust zu riskieren. Dabei werden wie immer auch gerne Kompromisse mit offiziell geächteten Regimes gemacht, die im Zweifelsfall dann die unschönen aber effizienten Methoden zur „Regulierung“ der Einwanderung anwenden, mit denen sich die hochgelobten Demokratien nur ungern in Verbindung gebracht sehen.

Bei dem Gezanke von links und rechts über die angemessen Methoden und das richtige Maß dieser Regulierung spielen die Konsequenzen von Politik und Wirtschaft, von Schlepperwesen, Grenzregimes und Verfolgung durch staatliche Behörden für diejenigen, die sie täglich am eigenen Leib zu spüren bekommen, nur dann eine Rolle, wenn sie irgendjemandes Standpunkt untermauern. Zwar werden, wenn es wieder einmal Tote gibt, wie neulich die 71 Menschen in einem Kühllaster auf der Autobahn von Ungarn nach Wien, dicke Krokodilstränen vergossen, parlamentarische Schweigeminuten gehalten und Betroffenheit simuliert.

Aber egal wie sich die „Lösung“, die für die aktuelle „Eskalation“ der „Flüchtlingskrise“ gefunden wird, präsentiert, steht bereits jetzt fest, was mit denen passiert, die nicht bereit sind, sich zu integrieren, sich ausbeuten zu lassen unter sklavereiähnlichen Bedingungen oder zu Führungskräften in den Unternehmen zu werden, durch die anderswo Menschen zur Flucht getrieben werden.

Mit denjenigen, die Angela Merkel nicht als Schutzpatronin begreifen, sondern als eine derer, die für die unwürdigen Überlebensbedingungen hier so wie dort, von wo aus sie geflohen sind, verantwortlich sind, und durch den Erhalt von Grenzen und der bestehenden Verhältnisse, die überall so viel Leid verursachen, ihre Macht erlangen.

Was also mit denjenigen passiert, die für uns zu Kampfgefährt_innen werden könnten gegen diese uns gemeinsam unterdrückenden Verhältnisse, gegen Grenzen, Staaten, Politiker und die deutsche wie jede andere Wirtschaft, ist klar: Sie vegetieren in Abschiebeknästen, werden abgeschoben, ermordet, oder landen im Knast, wenn es ihnen nicht gelingt, den als offene Arme präsentierten Fängen den Staates durch ein Leben in der Illegalität zu entgehen.

Versuchen wir, Verbindungen zu knüpfen, nicht aus Mitleid und Gutmenschentum, sondern aus dem geteilten Verlangen heraus, dem, was uns zur Flucht treibt, einsperrt und fremdbestimmt, ein Ende zu bereiten!

■

Unruheherd

Auf ihrer Internetseite scheint der Wagenplatz verwundert über einen derartigen Polizeieinsatz und droht mit rechtlichen Schritten, doch mal ernsthaft, wen der in München wohnt und lebt kann so etwas noch wundern? Und wer ist wirklich noch der Meinung, die Bullen mit demokratischen Mitteln, also mit genau dem was diese verteidigen bekämpfen zu können?
Beklagt euch nicht über Polizeigewalt...Beat the Bastards back!

Unkontrollierbar?

12.09.: Um die 90 Ultras (der Schickeria) ziehen vermummt durchs Glockenbachviertel kleben Sticker und Sprühen. Die Bullen kommen und kontrollieren Ausweise. Einerseits zeigt dies, wie ungestört man sich doch zeitweise mit genug Leuten die Straßen der Stadt nehmen kann, doch andererseits beweist es, dass man sich genauso schnell zerstreuen muss um der polizeilichen Identifizierung zu entgehen.

Die Bürokratie ausbremsen

15.09.: Einige Geflüchtete ziehen in einem Sonderzug von München nach Berlin mehrfach die Notbremse und springen hinaus um der Registrierung zu entgehen. Es wird davon berichtet das so etwas schon öfter passiert ist. Schön zu hören das sich einige Menschen den bürokratischen Zwängen widersetzten, die ihnen ihr Leben aus der Hand reißen. Denn die „Willkommenskultur“ verabschiedet sich ganz schnell wieder von jenen, die nicht gekommen sind, um sich zu unterwerfen und sich als billige Arbeitskräfte nützlich zu machen. Da können die Bullen und Helferlein an den Bahnhöfen noch so nett winken, wer keinen wirtschaftlichen Wert darstellt, vegetiert hier in Lagern, wer aufmuckt wird abgeschoben. Das ist hinter all der Fassade die Realität. Und Illegalität, Leben im Untergrund und ständige Furcht der letzte Ausweg!

Eat this!

25.09.: Laden-Dedektiv kriegt eine Faust ins Gesicht und die gefundene Beute wird ebenfalls wieder weg geklaut. Während eine Person abhauen kann wird die Zweite leider verhaftet

Feuer und Flamme

19.10.: In Ramersdorf brennt ein ziviles Bundeswehrfahrzeug. Wer überall auf der Welt unterwegs ist um in „humanitären Einsätzen“ deutsche Interessen zu verteidigen, der muss wohl auch die Konsequenzen tragen. 30.000 Euro Schaden.

* * *

Wenn in München ein wenig Unruhe aufkommt, die sich dem demokratischen Rahmen entzieht und die Ordnung (bewusst oder unbewusst) in Frage stellt, wird von Bullen, Politik und Medien alles versucht, dies totzuschweigen, um eine mögliche generellere Verbreitung zu verhindern. Diese Handlungen werden als isoliert behandelt und betrachtet, die Handelnden als möglichst krank, abnormal und verrückt dargestellt. Doch genau diese (kleinen) Versuche, sich gegen die täglichen sichtbaren und subtilen Zwänge zu wehren, zeigen, dass es nach wie vor Ungehorsam und Möglichkeiten zu handeln gibt. Deshalb schreibt an fernweh@autistici.org, wenn ihr etwas derartiges seht oder davon erfahrt und nicht wollt, dass es verloren geht.

V.i.S.d.P.: Gerhard Gauner, Goethestr. 34, 80336 München